

# Inhaltsverzeichnis

|          |  |          |
|----------|--|----------|
| <b>1</b> | <b>Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft: Begriffliche und wissenschaftstheoretische Grundlagen</b>   | <b>1</b> |
| 1.1      | Der Gegenstand der Wirtschaftspolitik  | 1        |
| 1.1.1    | Wirtschaftspolitik ist die Gesamtheit aller Bestrebungen, Handlungen und Maßnahmen, die darauf abzielen, den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens in einem Gebiet oder Bereich zu ordnen, zu beeinflussen oder unmittelbar festzulegen                       | 1        |
| 1.1.2    | Die Wirtschaftspolitik ist ein Teilbereich der allgemeinen Politik.  | 2        |
| 1.2      | Rationale Wirtschaftspolitik als angewandte Sozialwissenschaft   | 7        |
| 1.2.1    | Rational nenne ich eine Politik, die planmäßig auf die Verwirklichung eines umfassenden, wohldurchdachten und in sich ausgewogenen Zielsystems gerichtet ist und dabei den höchsten Erfolgsgrad erreicht, der unter den jeweiligen Umständen möglich ist | 7        |
| 1.2.2    | Rationale Wirtschaftspolitik ist im Kern angewandte Sozialökonomik, d. h. angewandte Wissenschaft von der gesellschaftlichen Wirtschaft.   | 8        |
| 1.2.3    | Rationale Wirtschaftspolitik ist mehr als angewandte Sozialökonomik  | 9        |
| 1.2.4    | Um den Beitrag zu ermessen, den die Sozialökonomik zu einer rationalen Wirtschaftspolitik zu leisten vermag, ist es zweckmäßig, diese Disziplin in eine positive Ökonomik, eine normative Ökonomik und eine Kunstlehre zu gliedern                       | 10       |

|          |   |           |
|----------|---|-----------|
| 1.3      | Die positive Ökonomik im Dienst rationaler Wirtschaftspolitik . . . . .   | 12        |
| 1.3.1    | Aufgabe der positiven Ökonomik ist die Erklärung<br>der wirtschaftlichen Wirklichkeit und die Vorhersage<br>künftiger Entwicklungen . . . . .   | 12        |
| 1.3.2    | Am Anfang des Erklärungsprozesses steht die<br>Formulierung des Problems . . . . .  | 15        |
| 1.3.3    | Im zweiten Stadium des Erklärungsprozesses werden<br>die möglichen Hypothesen aufgestellt . . . . .   | 19        |
| 1.3.4    | Der Erklärungsprozess wird vollendet mit der<br>Prüfung der Hypothesen. . . . .   | 22        |
| 1.3.5    | Bei der echten Vorhersage sind in ähnlicher Weise<br>drei Arbeitsphasen zu unterscheiden . . . . .  | 24        |
| 1.4      | Der Beitrag der normativen Ökonomik und der Kunstlehre<br>von der Wirtschaftspolitik . . . . .  | 27        |
| 1.4.1    | In diesen beiden Teilbereichen werden die Ziele und<br>Mittel der Wirtschaftspolitik zum Problem erhoben . . . . .  | 27        |
| 1.4.2    | Ob Aussagen mit normativem Gehalt zur Wissenschaft<br>gerechnet werden sollen oder nicht, ist selbst eine<br>normative Frage. Ich bejahe sie unter der Bedingung,<br>dass das normative Element erkennbar zum<br>Ausdruck gebracht wird . . . . .                           | 30        |
| 1.4.3    | In einem Ziel-Mittel-System bestehen Konkurrenz- und<br>Komplementaritätsbeziehungen, die eine Trennung<br>zwischen den Zielen und den Mitteln und damit auch<br>wertfreie teleologische Urteile praktisch<br>unmöglich machen . . . . .                                    | 35        |
| 1.4.4    | Die Kenntnis der Ziel-Mittel-Zusammenhänge ist die<br>Grundlage für ein wertbewusstes und sachgerechtes<br>wirtschaftspolitisches Urteil. Wir können allerdings<br>diese Zusammenhänge in den folgenden Kapiteln<br>nur unter den wichtigsten Aspekten beleuchten . . . . . | 37        |
|          | Leseempfehlungen . . . . .  | 39        |
| <b>2</b> | <b>Ziele der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik . . . . .</b>  | <b>43</b> |
| 2.1      | Konflikte, Utopien und Kompromisse . . . . .  | 43        |
| 2.1.1    | Nach aller Erfahrung gehören Konflikte zwischen Werten,<br>Personen und Gruppen zu den unvermeidlichen<br>Begleiterscheinungen des sozialen Lebens . . . . .  | 43        |
| 2.1.2    | Die Versuche, konfliktfreie Gesellschaftsordnungen<br>zu denken, beruhen auf der Verabsolutierung einzelner Ziele,<br>der Abschließung des Systems und der Annahme eines<br>systemkonformen Menschentyps . . . . .  | 46        |

|       |   |    |
|-------|---|----|
| 2.1.3 | Die Unvermeidbarkeit der Konflikte gewährt uns die Freiheit der verantwortungsbewussten Entscheidung, verpflichtet zur Toleranz und zwingt zum wertbewussten Kompromiss. ....   | 50 |
| 2.2   | Frieden und Freiheit. ....  | 53 |
| 2.2.1 | Der Kompromiss zwischen Personen und Gruppen ist ein Mittel, um sozialen Frieden und Freiheit weitgehend miteinander zu verbinden. ....   | 53 |
| 2.2.2 | Auch die Konkurrenz ist geeignet, die Kluft zwischen sozialem Frieden und individueller Handlungsfreiheit zu überbrücken. ....  | 54 |
| 2.3   | Freiheit und Gerechtigkeit. ....  | 56 |
| 2.3.1 | Wegen der Vieldeutigkeit dieser Begriffe lässt sich der Beziehungszusammenhang zwischen den beiden Zielen nicht ohne eine vorherige Begriffsanalyse klären. ....  | 56 |
| 2.3.2 | Die Handlungsfreiheit hat einen formalen und einen materialen Aspekt. ....  | 56 |
| 2.3.3 | Gerechtigkeit kann als Gleichheit der formalen Freiheit, als Gleichheit der Startbedingungen, als Leistungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit oder Gleichheit der materialen Freiheit verstanden werden. ....                                    | 59 |
| 2.3.4 | Freiheit und Gerechtigkeit stehen praktisch in einem Gegensatz zueinander. Seine Schärfe hängt ab vom Zwangscharakter der Mittel, die zur Verwirklichung der verschiedenen Formen der Gerechtigkeit erforderlich sind. ....                       | 61 |
| 2.4   | Freiheit und Sicherheit. ....   | 65 |
| 2.4.1 | Sicherheit schließt Frieden ein und ist der zeitliche Aspekt der Freiheit. ....   | 65 |
| 2.4.2 | Die soziale Sicherheit steht in einem Spannungsverhältnis zur formalen Freiheit. ....   | 66 |
| 2.5   | Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Wohlstand. ....   | 68 |
| 2.5.1 | Das Ziel der Erhöhung des Wohlstands kann als Steigerung des Nettosozialprodukts pro geleistete Arbeitsstunde definiert und in den Dienst der materialen Freiheit, der Sicherheit und der Gerechtigkeit gestellt werden. ....                     | 68 |
| 2.5.2 | Das Ziel eines maximalen Sozialprodukts ist mit einem großen Maß an formaler Freiheit weitgehend vereinbar, wenn die Individuen selbst nach einem möglichst hohen Wohlstand streben und genügend wagemutige Persönlichkeiten vorhanden sind. .... | 70 |

|          |  |           |
|----------|--|-----------|
| 2.5.3    | Wohlstand durch Freiheit verursacht individuelle Unsicherheit, die jedoch durch Anpassungshilfen gemildert werden kann . . . . .   | 71        |
| 2.5.4    | Im Gegensatz zur Bedarfsgerechtigkeit lassen sich Start- und Leistungsgerechtigkeit mit dem Wohlstandsziel vereinbaren, ohne dass die formalen Freiheiten stark eingeschränkt werden müssen . . . . .  | 73        |
|          | Leseempfehlungen . . . . .   | 76        |
| <b>3</b> | <b>Die Theorie des sozialökonomischen Optimums . . . . .</b>   | <b>79</b> |
| 3.1      | Die Problematik der Wohlfahrtsfunktionen . . . . .   | 79        |
| 3.1.1    | Wohlfahrt ist ein Ausdruck für die Gesamtheit der erstrebten Ziele und eine Wohlfahrtsfunktion die Definition eines Zielbündels und eines Maßstabes für die Beurteilung tatsächlicher und möglicher Veränderungen . . . . .  | 79        |
| 3.1.2    | Da die Formulierung einer hinreichend präzisen allgemeinen Wohlfahrtsfunktion auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, kommt nur eine Konzentration auf den wirtschaftlichen Bereich in Betracht. . . . .  | 80        |
| 3.1.3    | Man kann zwischen individuellen und sozialen Wohlfahrtsfunktionen und innerhalb der zweiten Gruppe zwischen mehr individualistischen und mehr kollektivistischen Typen unterscheiden . . . . .   | 81        |
| 3.1.4    | Um vollständig zu sein, muss eine soziale Wohlfahrtsfunktion auch eine Verteilungsnorm enthalten . . . . .   | 86        |
| 3.2      | Die Bedingungen des sozialökonomischen Optimums . . . . .  | 88        |
| 3.2.1    | Bei gegebener Bevölkerung, gegebener Ausstattung mit Produktivkräften und optimaler Einkommensverteilung ist der wirtschaftliche Wohlstand ein Maximum, wenn bestimmte Optimalbedingungen des Güteraustauschs, der Produktion, der Beschäftigung und der Akkumulation erfüllt sind . . . . . | 88        |
| 3.2.2    | Zunächst ist zwischen Marginal- und Totalbedingungen zu unterscheiden . . . . .  | 90        |
| 3.2.3    | Das Optimum des Güteraustausches ist (nicht) erreicht, wenn das Verhältnis der Grenznutzen zweier beliebiger Güter (nicht) bei all denen gleich ist, die diese Güter begehren. Das ist die erste Marginalbedingung . . . . .   | 91        |
| 3.2.4    | Die zweite Marginalbedingung ist (nicht) erfüllt, wenn das Verhältnis der (sozialen) Grenzkosten zweier beliebiger Güter (nicht) bei allen Produzenten gleich ist, die diese Güter herstellen . . . . .  | 92        |

|        |  |     |
|--------|--|-----|
| 3.2.5  | Die dritte Marginalbedingung ist (nicht) erfüllt, wenn das physische Grenzprodukt eines Produktionsfaktors bei der Erzeugung eines Gutes (nicht) in allen Betrieben gleich ist, die dieses Gut herstellen. . . . .   | 93  |
| 3.2.6  | Die vierte Marginalbedingung ist (nicht) erfüllt, wenn das Verhältnis der physischen Grenzprodukte zweier beliebiger Faktoren bei der Erzeugung eines Gutes (nicht) in allen Betrieben gleich ist, die dieses Gut herstellen . . . . .   | 94  |
| 3.2.7  | Die zweite, dritte und vierte Marginalbedingung implizieren eine Maximierung der Produktion, soweit dies durch optimale Arbeitsteilung, optimale Verteilung der Faktoren auf die Betriebe und eine Optimalkombination der Faktoren in den Betrieben möglich ist . . . . .                                  | 95  |
| 3.2.8  | Die Produktionsstruktur ist (nicht) optimal, wenn das Verhältnis der sozialen Grenzkosten zweier beliebiger Güter (nicht) gleich ist dem Verhältnis ihrer sozialen Werte. Das ist die fünfte Marginalbedingung . . . . .   | 96  |
| 3.2.9  | Die sozialen Grenzkosten, auf die es bei der fünften Marginalbedingung ankommt, weichen von den privaten Grenzkosten ab, wenn die Erzeugung eines Gutes externe Wirkungen verursacht, die nicht marktwirtschaftlich abgegolten werden . . . . .  | 97  |
| 3.2.10 | Die sechste Marginalbedingung bezieht sich auf die Nutzung der verfügbaren Produktivkräfte und besagt, dass das Optimum nicht erreicht ist, wenn der marginale Vorteil der Nichtverwendung eines Faktors größer oder kleiner ist als der Wert seines Grenzprodukts. . . . .                                | 98  |
| 3.2.11 | Die siebente Marginalbedingung bezieht sich auf den Kreditmarkt und besagt, dass das Optimum nicht erreicht ist, solange das Verhältnis der Grenznutzen zweier Güter, die zu verschiedenen Zeitpunkten verfügbar sind, nicht bei allen gleich ist, die diese Güter begehren . . . . .                      | 100 |
| 3.2.12 | Diese Aufzählung der Marginalbedingungen ist nicht erschöpfend. . . . .  | 101 |
| 3.2.13 | Die Marginalbedingungen müssen durch Totalbedingungen ergänzt werden, da sie keine Aussagen über die optimale Wirtschaftsstruktur beinhalten . . . . .   | 101 |
| 3.2.14 | Die Totalbedingungen lassen sich zusammenfassen in der Feststellung, dass es im Optimum nicht möglich sein darf, den Wohlstand zu erhöhen, indem ein bisher nicht erzeugtes Gut produziert, ein Betrieb errichtet oder geschlossen, ein neuer Produktionsfaktor erstellt und verwendet oder ein bisher nur |     |

|          |  |            |
|----------|--|------------|
|          | in einigen Betrieben verwendeter Faktor auch<br>in anderen Betrieben eingesetzt wird . . . . .   | 102        |
| 3.3      | Die Theorie des Bestmöglichen . . . . .  | 105        |
| 3.3.1    | Das durch die Gesamtheit der Marginal- und Totalbedingungen<br>umschriebene sozialökonomische Optimum ist eine Utopie . . . . .  | 105        |
| 3.3.2    | Die Verwirklichung einer Marginalbedingung in einem<br>bestimmten Bereich kann zu einer Minderung des Wohlstands<br>führen, wenn irgendwelche sonstigen Abweichungen von den<br>Bedingungen des sozialökonomischen Optimums gegeben<br>sind. Unvermeidbare Abweichungen rechtfertigen<br>daher andere Abweichungen . . . . . | 110        |
|          | Leseempfehlungen . . . . .   | 112        |
| <b>4</b> | <b>Systeme, Ideologien und Konzeptionen der Wirtschaftspolitik . . . . .</b>   | <b>115</b> |
| 4.1      | Vorbemerkungen . . . . .   | 115        |
| 4.1.1    | Unter wirtschaftspolitischen Ideologien und Konzeptionen<br>verstehen wir Leitbilder, unter wirtschaftspolitischen<br>Systemen historische Typen staatlicher<br>Wirtschaftsgestaltung . . . . .  | 115        |
| 4.1.2    | Unser Interesse gilt jenen wirtschaftspolitischen Systemen,<br>die die Entwicklung bestimmter Leitbilder provoziert haben,<br>und jenen Leitbildern, die für die praktische Wirtschaftspolitik<br>von Bedeutung waren oder in der wirtschaftspolitischen<br>Diskussion unserer Tage eine wichtige Rolle spielen . . . . .    | 116        |
| 4.2      | Der Merkantilismus . . . . .   | 117        |
| 4.2.1    | Als oberstes Ziel des merkantilistischen Systems kann<br>die Stärkung der staatlichen Macht angesehen werden . . . . .   | 117        |
| 4.2.2    | Der Steigerung des Sozialprodukts dienen eine aktive<br>Bevölkerungs- und Einwanderungspolitik, eine Vermehrung<br>der Arbeitsplätze in Gewerbe und Landwirtschaft, eine<br>Förderung der binnenwirtschaftlichen Arbeitsteilung und eine<br>„nationalistische“ Außen- und Außenwirtschaftspolitik . . . . .                  | 118        |
| 4.3      | Die Konzeption des klassischen Liberalismus . . . . .  | 121        |
| 4.3.1    | Das wirtschaftspolitische Leitbild der englischen<br>sozialökonomischen Klassiker beruhte auf individualistischen<br>und utilitaristischen Normvorstellungen . . . . .   | 121        |
| 4.3.2    | Im Rahmen der wirtschaftspolitischen Konzeption, die sich<br>aus dem Schrifttum der englischen Klassiker ableiten lässt,<br>soll der Staat die institutionellen Mindestbedingungen für ein<br>funktionsfähiges System der Freiheit schaffen, bestimmte<br>Aufgaben übernehmen, die produktiv, aber nicht hinreichend         |            |

|       |  |     |
|-------|--|-----|
|       | rentabel sind, und nur in besonderen Fällen<br>in den Marktmechanismus eingreifen . . . . .  | 123 |
| 4.3.3 | Im Bereich der Verteilungs- und Sozialpolitik suchten<br>die Klassiker nach systemkonformen Lösungen<br>für die drängenden Probleme ihrer Zeit . . . . .   | 125 |
| 4.3.4 | Die schärfste Ausprägung in der Wirtschaftspolitik hat das<br>Leitbild des klassischen Liberalismus im England des<br>Jahrhunderts gefunden . . . . .  | 127 |
| 4.4   | Marxistische Leitbilder und Systeme der Wirtschaftspolitik . . . . .   | 130 |
| 4.4.1 | Nach marxistischer Auffassung wird das „kapitalistische“<br>Wirtschaftssystem früher oder später einer kollektivistischen<br>Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung weichen . . . . .   | 130 |
| 4.4.2 | Eine seiner möglichen Ausprägungen hat das marxistische<br>Leitbild in der zentralistisch geplanten<br>Sowjetwirtschaft gefunden . . . . .   | 132 |
| 4.4.3 | Eines der wichtigsten ökonomischen Probleme der zentral<br>geleiteten Wirtschaft des sowjetischen Typs besteht in der<br>Frage, ob der Plan als Ausdruck eines umfassenden und<br>detaillierten Zielsystems den Grundsätzen der<br>Rationalität entspricht . . . . .   | 136 |
| 4.4.4 | Die zentrale Planung einer ganzen Volkswirtschaft<br>erfordert vermutlich einen größeren bürokratischen Apparat<br>als ein System mit dezentralisierter Planung und<br>Ex-post-Koordination der Einzelpläne durch den<br>Markt- und Preismechanismus . . . . .   | 141 |
| 4.4.5 | Die Konzeption des Konkurrenzsozialismus beruht auf<br>der Annahme, dass das Instrument des Preismechanismus<br>in einer Wirtschaftsordnung ohne Privateigentum an den<br>Produktionsmitteln annäherungsweise so gehandhabt<br>werden kann, wie es im System der vollkommenen<br>Konkurrenz auf allen Märkten automatisch<br>funktionieren würde . . . . . | 143 |
| 4.5   | Der Neomerkantilismus und das System der direkten Kontrollen . . . . .   | 146 |
| 4.5.1 | Die neomerkantilistische Variante des Staatsinterventionismus<br>fand ihre schärfste Ausprägung in der nationalistischen und<br>dirigistischen Wirtschaftspolitik des<br>nationalsozialistischen Regimes . . . . .   | 146 |
| 4.5.2 | Das System der direkten staatlichen Kontrollen hat so<br>schwerwiegende Nachteile, dass es nur in besonderen<br>Ausnahmefällen als ultima ratio in Betracht kommen kann . . . . .  | 153 |
| 4.6   | Neoliberalismus, freiheitlicher Sozialismus und<br>soziale Marktwirtschaft . . . . .   | 158 |

|          |   |            |
|----------|---|------------|
| 4.6.1    | Kernstück der neoliberalen Konzeption ist die Verwirklichung einer Wettbewerbsordnung auf der Grundlage des Privateigentums . . . . .   | 158        |
| 4.6.2    | Die wirtschaftspolitische Konzeption des freiheitlichen Sozialismus ist ein Versuch, marktwirtschaftliche und planwirtschaftliche Prinzipien in einer Synthese miteinander zu verbinden, die die Mängel des Preismechanismus und eines Systems direkter staatlicher Kontrollen vermeidet und sozialpolitischen Zielen betont Rechnung trägt . . . . . | 163        |
| 4.6.3    | Die „soziale Marktwirtschaft“ ist das vom Neoliberalismus inspirierte Leitbild der westdeutschen Wirtschaftspolitik nach 1948. Es unterscheidet sich vom Ordoliberalismus durch größere Wirklichkeitsnähe und stärkere Betonung sozialpolitischer Ziele und verlangt von den Trägern ökonomischer Macht soziales Verantwortungsbewusstsein . . . . .  | 165        |
|          | Leseempfehlungen . . . . .  | 167        |
| <b>5</b> | <b>Macht und Wille wirtschaftspolitischer Instanzen . . . . .</b>   | <b>171</b> |
| 5.1      | Machtstruktur und wirtschaftspolitische Willensbildung in der pluralistischen Gesellschaft . . . . .  | 171        |
| 5.1.1    | In der wirtschaftlichen Wirklichkeit übt das Konsumentenvolk zwar einen erheblichen Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen aus, aber seine Souveränität ist in vielfacher Hinsicht durch andere Träger wirtschaftlicher Macht beschränkt . . . . .   | 171        |
| 5.1.2    | Die Produzenten sind nicht nur bestrebt, die Schwächen der Konsumenten auszunutzen, sie versuchen auch, ihre gegenseitige Entmachtung im Wettbewerb zu vermeiden und Macht durch Zusammenarbeit zu gewinnen . . . . .   | 174        |
| 5.1.3    | Die Zusammenarbeit der Anbieter kann durch einen organisatorischen Zusammenschluss in Branchenverbänden und Kartellen verstärkt werden . . . . .  | 175        |
| 5.1.4    | Die Zusammenarbeit in Branchenverbänden und Kartellen kann durch eine personelle und kapitalmäßige Verflechtung ergänzt oder ersetzt werden . . . . .   | 177        |
| 5.1.5    | Auch die vertikale Konzentration ist mit einem Zuwachs an Marktmacht verbunden und kann eine Verminderung des Wettbewerbs bewirken . . . . .  | 178        |
| 5.1.6    | Die Macht, die einer Unternehmung aus ihrer Größe erwächst, zeigt sich an den Marktvorteilen und Aktionsmöglichkeiten des gemischten Konzerns . . . . .   | 179        |



|        |  |     |
|--------|--|-----|
| 5.1.7  | Als gegengewichtige Macht auf dem Arbeitsmarkt versuchen die Gewerkschaften die Lohn- und Beschäftigungsbedingungen zu verbessern. Sie bedienen sich dabei allerdings auch solcher Methoden, die eine Einschränkung der Konsumentensouveränität bewirken. ....   | 181 |
| 5.1.8  | Die Marktmacht der einzelnen Gewerkschaften wird vornehmlich bestimmt durch den Organisationsgrad, die Organisationsstruktur und die Streikbereitschaft der Arbeitnehmer .....   | 188 |
| 5.1.9  | Die Gewerkschaften sind wie andere Interessenorganisationen bemüht, Einfluss auf die wirtschaftspolitische Willensbildung und die staatliche Wirtschaftspolitik zu nehmen .....  | 198 |
| 5.1.10 | Die Landwirtschaft kann ihre einkommenspolitischen Ziele nicht durch Bildung von Marktmacht, sondern praktisch nur durch organisierte Interessenvertretung im politischen Raum verfolgen .....   | 200 |
| 5.1.11 | Die gewerblichen Organisationen haben viele divergierende Einzelinteressen, gelangen aber infragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik meist zu gemeinsamen Auffassungen. Ihre Macht gründet sich – mit Ausnahme der Mittelstandsverbände – nur auf ihre Finanzkraft, die ihnen eine wirksame Vertretung ihrer Belange in der Öffentlichkeit und im vorparlamentarischen, parlamentarischen und administrativen Raum ermöglicht ..... | 208 |
| 5.1.12 | Das wirtschaftspolitische Verhalten der Parteien in der parlamentarischen Demokratie lässt sich innerhalb gewisser Grenzen erklären und prognostizieren, wenn man als Arbeitshypothese annimmt, dass sie danach trachten, die Regierungsgewalt zu erlangen oder zu behalten, und aus diesem Grunde bestrebt sind, ihre Wählerstimmen zu maximieren .....   | 214 |
| 5.2    | Zielsetzungen und Verhaltensweisen demokratischer Regierungen .....  | 217 |
| 5.2.1  | Koalitionsregierungen, die von Parteien mit divergierenden Standpunkten gebildet werden, müssen ceteris paribus mehr auf die Wählerinteressen Rücksicht nehmen als Einpartei-Regierungen in einem Zweiparteiensystem .....   | 217 |
| 5.2.2  | Das Stimmenmaximierungsstreben zwingt eine demokratische Regierung zu einer Konjunkturpolitik mit dem Ziel der Sicherung eines hohen und stabilen Beschäftigungsgrades und zu einer Redistributionspolitik zugunsten der breiten Schichten der ärmeren Bevölkerung .....   | 218 |

|          |  |            |
|----------|--|------------|
| 5.2.3    | Demokratische Regierungen sind im Zweifel geneigt, das Produzenteninteresse stärker zu berücksichtigen als das Konsumenteninteresse . . . . .  | 219        |
| 5.2.4    | Für eine Regierungspartei, deren Ziel darin besteht, an der Macht zu bleiben, ist es zweckmäßig, die wirtschaftspolitischen Entscheidungen so zu treffen, dass sie ideologie- oder konzeptionskonform sind . . . . .                             | 220        |
| 5.2.5    | Unter den Ministern hat der Finanzminister in der Regel eine besonders starke Stellung . . . . .   | 221        |
| 5.3      | Stellung, Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten der Zentralbanken . . . . .   | 222        |
| 5.3.1    | Die Zentralbanken sind Träger der Geld- und Kreditpolitik, haben aber in den meisten Ländern heute keine völlig unabhängige Stellung neben der Regierung . . . . .   | 222        |
| 5.3.2    | Die wichtigsten Aufgaben der Zentralbankpolitik bestehen im Allgemeinen darin, in Zusammenarbeit mit der Regierung inflatorische und deflatorische Entwicklungen zu verhindern und die internationale Liquidität des Landes zu sichern . . . . . | 225        |
| 5.3.3    | Zu den Instrumenten der Zentralbankpolitik gehören die Diskontpolitik, die Mindestreservepolitik, die Offenmarktpolitik und die Einlagenpolitik . . . . .  | 226        |
| 5.3.4    | Die Grenzen der Macht, die selbst für eine unabhängige Zentralbank bestehen, zeigen sich vor allem in der Depression, bei einer importierten Inflation und bei einer Lohn-Preis-Spirale . . . . .  | 229        |
| 5.4      | Wirtschaftspolitische Aufgaben, Möglichkeiten und Ziele der regionalen und lokalen Regierungsinstanzen . . . . .   | 230        |
| 5.4.1    | Die wirtschaftlich relevanten Aufgaben der Gebietskörperschaften liegen vornehmlich in der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen für den Kollektivbedarf ihrer Bevölkerung . . . . .  | 230        |
| 5.4.2    | Im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten treiben die Gebietskörperschaften eine eigene Wirtschaftspolitik . . . . .  | 235        |
|          | Leseempfehlungen . . . . .   | 238        |
| <b>6</b> | <b>Von der Diagnose zur Therapie . . . . .</b>   | <b>241</b> |
| 6.1      | Von der Diagnose zur wirtschaftspolitischen Aufgabe . . . . .  | 241        |
| 6.1.1    | Die Diagnose setzt konkrete Zielvorstellungen voraus . . . . .   | 241        |
| 6.1.2    | Bei quantitativen Zielen muss das Optimum bestimmt werden; Maximalziele sind durch Nebenbedingungen, Strukturziele durch ein System von Unterzielen oder durch eine Reihe von Grundsatzentscheidungen zu konkretisieren . . . . .                | 242        |

|       |   |     |
|-------|---|-----|
| 6.1.3 | Bei der Interpretation der Unterziele sind die Zweckmäßigkeitsregel, die Abwägungsregel und die Kompatibilitätsregel zu beachten. Was dies konkret bedeutet, wird am Beispiel des Wettbewerbs ersichtlich . . . . .   | 248 |
| 6.1.4 | Komplexe Unterziele lassen sich manchmal nur noch mithilfe einer Systematik der potentiellen Interventionsfälle konkretisieren. Das gilt z. B. für die produktionspolitische Direktive, Unterschiede zwischen privaten und sozialen Kosten zu vermeiden oder auszugleichen . . . . .  | 250 |
| 6.1.5 | Wenn die Ziele konkretisiert sind, gilt es, sie in Form von Verantwortungsbereichen den verschiedenen staatlichen Instanzen und Unterinstanzen zuzuordnen. . . . .  | 256 |
| 6.1.6 | Als „nachträgliche Therapie“ umfasst die wirtschaftspolitische Diagnose außer einer Ermittlung der Unterschiede zwischen dem Sein und dem Seinsollen zumindest indirekt auch eine Beschreibung der zumutbaren Handlungen und Unterlassungen, mit denen diese Unterschiede hätten vermieden werden können. . . . .   | 257 |
| 6.1.7 | Es gibt zahlreiche private und öffentliche Stellen, die sich der Wirtschaftsbeobachtung widmen, das Geschehen von ihrem Standpunkt aus beurteilen, Normen des sozialen Verhaltens propagieren oder/und die verantwortlichen Regierungsinstanzen auf vordringliche Aufgaben hinweisen. . . . .   | 263 |
| 6.1.8 | Damit wirtschaftspolitische Aufgaben rechtzeitig erkannt, Fehlentwicklungen vermieden oder frühzeitig bekämpft und die Maßnahmen stets so dosiert werden können, wie die künftige Situation, auf die sie einwirken sollen, es erfordert, müssen die Diagnosen durch Projektionen ergänzt werden. Das Projizieren quantitativer Ziele ist gleichbedeutend mit der Aufstellung von Plänen . . . . . | 268 |
| 6.1.9 | Zu einigermaßen brauchbaren Projektionen der wirtschaftlichen Entwicklung gelangt man nur mithilfe zuverlässiger Informationen von zukunftsweisender Bedeutung und vorerst auch nur mit Methoden, die sehr viel Spielraum für sachkundige Intuition lassen . . . . .  | 271 |
| 6.2   | Von der Aufgabenstellung zur wirtschaftspolitischen Empfehlung. . . . .   | 277 |
| 6.2.1 | Wenn die Diagnose zur Formulierung wirtschaftspolitischer Aufgaben geführt hat, kommt es zunächst darauf an, die alternativen Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen . . . . .  | 277 |

|       |   |            |
|-------|---|------------|
| 6.2.2 | Zur Erschließung des Möglichkeitsbereichs empfiehlt es sich, zwischen Ursachentherapie und Neutralisierungspolitik, Ordnungs- und Ablaufpolitik, qualitativen und quantitativen Maßnahmen, Fiskalpolitik und Verhaltenskontrolle zu unterscheiden und dem staatlichen Zwang die verschiedenen Formen der Verhaltensbeeinflussung und die Vereinbarung (Reziprozität) gegenüberzustellen . . . . . | 279        |
| 6.2.3 | Um zu einer Rangordnung von Empfehlungen zu gelangen, muss man die Vor- und Nachteile der denkbaren Alternativen ermitteln und bewerten . . . . .   | 288        |
| 6.2.4 | Wenn die Alternativen nach ihrer Erfolgswirksamkeit beurteilt worden sind, ergibt sich als nächste Aufgabe die Abwägung unter dem Gesichtspunkt der erwünschten und unerwünschten Nebenwirkungen. . . . .   | 294        |
| 6.2.5 | Aus der Ungewissheit über die Wirkungen alternativer Maßnahmen und aus der Bewertungsproblematik ergeben sich einige Schwierigkeiten für die Zusammenarbeit zwischen Politikern und wissenschaftlichen Beratern . . . . .   | 304        |
| 6.3   | Vom Vorschlag bis zur Erfolgskontrolle . . . . .  | 305        |
| 6.3.1 | Die Durchsetzung eines Vorschlags in den entscheidenden Gremien ist eine essentiell politische Aufgabe. . . . .   | 305        |
| 6.3.2 | Die rechtliche Ausgestaltung wirtschaftspolitischer Maßnahmen erfordert die Mitwirkung sachverständiger Juristen . . . . .  | 309        |
| 6.3.3 | Um Verzögerungen beim Vollzug zu vermeiden, müssen rechtzeitig die technischen, finanziellen und personalpolitischen Vorbereitungen getroffen werden. . . . .   | 310        |
| 6.3.4 | Systematische Erfolgskontrollen ermöglichen Korrekturen beim Vollzug und erweitern den Fundus an wirtschaftspolitischer Erfahrung . . . . .   | 311        |
|       | Leseempfehlungen . . . . .  | 313        |
|       | <b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>   | <b>317</b> |
|       | <b>Stichwortverzeichnis. . . . .</b>  | <b>341</b> |